

Auf die Straße gegen Aufrüstung und Krieg – BSW unterstützt Proteste der Berliner Friedensbewegung

Erklärung des Landesvorstands des Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit, Berlin

Es sind die größten Kriegskredite in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Während für die Bildung unserer Kinder und das durch jahrelange Sparmaßnahmen heruntergewirtschaftete Gesundheitssystem angeblich kein Geld vorhanden ist, planen die angehenden Großkoalitionäre von Union und SPD, Hunderte Milliarden Euro in die Aufrüstung zu pumpen. „Whatever it takes“, so begründet der designierte Bundeskanzler und Kriegstreiber Friedrich Merz, dass künftig alle Verteidigungsausgaben oberhalb von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts von den Beschränkungen der Schuldenbremse ausgenommen werden sollen. Schließlich müssten „unsere Freiheit“ und der Frieden verteidigt werden – eine zynische Begründung, die den wahren Kurs verschleiern soll.

Dass zugleich 500 Milliarden Euro – in Form eines Sondervermögens – in die Infrastruktur fließen sollen, ist reine Augenwischerei. Zwar ist es unbestreitbar richtig, marode Schulen, Brücken und Straßen zu sanieren. Doch wenn wir durch eine verantwortungslose Hochrüstungspolitik und die gleichzeitige Weigerung, Konflikte diplomatisch zu entschärfen, immer näher an den Abgrund eines großen Krieges geraten, bleibt vom dringend notwendigen Wiederaufbau unserer Infrastruktur am Ende bitter wenig übrig.

Mit der – sowohl finanziell als auch zeitlich – faktisch unbegrenzten Möglichkeit zur Aufrüstung legt die zukünftige Bundesregierung den Grundstein, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen. Von der Bundeswehr über das Gesundheitssystem bis hin zu den Schulen sollen die Weichen konsequent auf Eskalation statt Entspannung gestellt werden. Die Zinslasten und Rückzahlungen dieser gigantischen Kredite werden den Sozialabbau weiter verschärfen, den Druck auf Löhne im öffentlichen Dienst und im sozialen Bereich erhöhen und die Lebensgrundlagen vieler Menschen gefährden.

Besonders perfide: Dieses Paket soll unter Missachtung demokratischer Prinzipien durchgepeitscht werden – mit dem alten, bereits abgewählten Bundestag. Nur so lässt sich die für eine Grundgesetzänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit sichern, die im neuen Parlament nicht mehr gegeben ist. Union, SPD und Grüne verfügen dort zusammen nur noch über 44 Prozent der Wählerstimmen. Da diese weitreichenden Pläne im Bundestagswahlkampf weitgehend verschwiegen wurden, liegt hier ein klarer Fall von Wahlbetrug vor. Die Bürgerinnen und Bürger wurden bewusst im Unklaren gelassen, um den Weg für diese Politik der Eskalation freizumachen.

Wir, das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit, Landesverband Berlin, rufen dazu auf, sich an den geplanten Protesten gegen diese irrsinnigen Vorhaben zu beteiligen:

Am 13.3.25 um 11 Uhr vor dem Reichstagsgebäude

Am 15.3.25 um 14 Uhr am Brandenburger Tor (Platz des 18. März)

Ob innerparlamentarisch oder auf der Straße – wir stehen für eine echte Friedens- und Entspannungspolitik und werden uns den Kriegstreibern aller Couleur mit aller Entschiedenheit entgegenstellen. Es braucht ein gemeinsames Zeichen für Vernunft, Gerechtigkeit und eine Zukunft in Frieden!